

BLAUE POST BAUTZEN

www.afd-bautzen.de

November 2023

AfD BAUTZEN SETZT AUF KONTINUITÄT IM LANDTAGSWAHLKAMPF



v. links n. rechts: Timo Schreyer, Frank Peschel, Doreen Schwietzer, Jörg Urban, Ralf-Peter Hechtberger

Am Freitag, dem 20. Oktober 2023, wurden die AfD-Direktkandidaten zur Landtagswahl 2024 für den Landkreis Bautzen gewählt. Fast die Hälfte aller Mitglieder im Landkreis waren bei der Aufstellungsversammlung dabei und wählten den Kreisvorsitzenden Frank Peschel für Bischofswerda und das Oberland (Wahlkreis 52), Ralf-Peter Hechtberger aus Kamenz (Wahlkreis 53), den Königsbrücker Landtagsabgeordneten Timo Schreyer (Wahlkreis 54), die Landtagsabgeordnete Doreen Schwietzer aus Hoyerswerda (Wahlkreis 55) sowie den Landesvorsitzenden Jörg Urban (Wahlkreis 56) zu ihren Direktkandidaten.

Nach der Wahl erklärte der Kreisvorsitzende Frank Peschel: „Wir setzen auf Kontinuität und sind zusammen ein starkes Team. Unser Ziel ist es, alle Wahlkreise 2024 zu gewinnen.“

Vorstand AfD-Kreisverband Bautzen

10 JAHRE AfD-KREISVERBAND BAUTZEN



Am Freitag, den 10. November 2023 feierten wir den 10. Geburtstag unseres AfD-Kreisverbandes Bautzen. In der Gaststätte Sachsenkrone in Ohorn, im herrlich blau geschmückten Saal, trafen etwa 90 Mitglieder, Freunde und Wegbegleiter zusammen, um dieses Jubiläum feierlich zu begehen.

Der Kreisvorsitzende Frank Peschel führte durch das Programm und skizzierte in seiner Eröffnungsrede ein Bild des Werdegangs, mit Höhen und Tiefen, mit Erfolgen bis hin zu den stetig steigenden Mitgliederzahlen.

Von den damaligen Gründern waren Timo Schreyer und Sven Simon unserer Einladung gefolgt und gaben uns mit Erzählungen und Anekdoten einen interessanten und auch humorvollen Einblick in

die Geschehnisse von vor 10 Jahren, als unser Kreisverband aus der Taufe gehoben wurde.

Dr. Thomas Hartung, der als damaliger stellvertretender Landesvorsitzender beim Gründungsparteitag anwesend war, überraschte uns mit einem Grußwort per Video.

Über persönliche Grußworte freuten wir uns von unserem Landesvorsitzenden Jörg Urban und Karsten Hilse, unserem Bundestagsabgeordneten, welcher selbst mehrere Jahre als Kreisvorsitzender tätig war. Auch aus den benachbarten Kreisverbänden waren einige Gäste anwesend. Andre Wendt und Andre Barth überbrachten uns ihre Glückwünsche.

Nach einem reichhaltigen und vorzüglichem Abendessen, an dieser Stelle ein großes Lob und herzlichen Dank an die Mitarbeiter und Chefs der Sachsenkrone, ehrten wir ein paar unserer Mitglieder, die der AfD nun schon 10 Jahre die Treue halten mit einer Ehrenurkunde und einem Präsent und gedachten einiger, leider bereits verstorbener Mitglieder.

Abgerundet wurde dieser gelungene Abend durch eine Dia-Show mit Bildern aus 10 Jahren AfD-Kreisverband Bautzen und unendlich vielen Gesprächen unter

den Mitgliedern und Gästen.

Wir bedanken uns bei allen Organisatoren, dem Team der Sachsenkrone Ohorn und starten nun gestärkt und motiviert in den Wahlkampf für das Jahr 2024. Die Kommunal- und Landtagswahlen stehen an und wir werden, auch als Kreisverband, alles tun um die besten Ergebnisse zu erzielen.

Machen auch Sie mit – werden Sie Teil unserer AfD-Familie!



ANZEIGE

GRÜNER LANDWIRTSCHAFTSMINISTER BRINGT BAUERN IN NOT!

Ein Dringlichkeitsantrag unserer AfD-Landtagsfraktion sorgte – trotz dessen Ablehnung durch CDU, SPD, Grüne und LINKE – am 8. November im Landtag für eine einstündige Landtagsdebatte zum Problem der nicht fristgerechten Zahlungen an Sachsens Landwirte.

Worum geht es genau?

Seit vielen Jahren bekommen etwa 7.000 sächsische Landwirte Ausgleichszahlungen. Es geht dabei um rund 240 Millionen Euro. So stellen Sachsens Bauern beispielsweise für die Bevölkerung hochwertige Lebensmittel unter Einhaltung höchster sozialer und ökologischer Standards her. Diese aus EU-Mitteln kommenden Ausgleichszahlungen für erbrachte Vorleistungen flossen in den letzten 30 Jahren stets im Dezember des Kalenderjahres. Deshalb fallen viele Zahlungsverpflichtungen der Bauern – wie zum Beispiel die für Pachten, Betriebsmitteleinkäufe, Kredite – in diesen Zeitraum.

Doch in diesem Jahr machen sich Sorgen an den Tischen der Bauern breit, die meisten unter ihnen schauen mit Bangen auf die Konten ihrer Höfe. Sie stehen vor einer vom Landwirtschaftsministerium verursachten existentiellen Bedrohung!

Landwirtschaftsminister Wolfram Günther (Grüne) ließ die Bauern nämlich Ende Oktober wissen, dass die vertraglich garantierten Zahlungen im Dezember nicht kommen. Erst Ende Februar sei damit zu rechnen.

In einer außerplanmäßigen Erklärung vor den Abgeordneten des Landtages räumte der Minister ein, dass dies „eine Härte und ein extremes Ärgernis“ darstelle.



Nach seinen Worten sei „ein unbekanntes Maß an Komplexität“ die Ursache der Verzögerung.

Was Günther hier beschönigend umschreibt, ist überzogener, immer weiter ausgebauter bürokratischer Aufwand, der ein Markenzeichen seiner Amtszeit ist. Sachsens Bauern beklagen schon länger, seitens des Günther-Ministeriums immer mehr mit Aufgaben betraut zu werden, die mit Landwirtschaft nichts zu tun haben. Ich bin der Meinung, ein Minister, dessen grüne Politik nichts außer „extremen Ärgernissen“ hervorbringt, ist selbst ein

extremes Ärgernis und hat in einer Landesregierung nichts zu suchen.

Herr Günther ist der schlechteste Landwirtschaftsminister, den Sachsen je hatte. CDU-Ministerpräsident Kretschmer muss endlich die Notbremse ziehen und das Krisenmanagement koordinieren, damit unsere Bauern noch dieses Jahr ihr Geld bekommen, das ihnen zusteht und welches sie zur Bezahlung ihrer Rechnungen dringend benötigen.

Jörg Urban,
AfD-Landesvorsitzender Sachsen

RESPEKT FÜR WEN?

Zwei alte Bekannte, Herr A. und Herr G., treffen sich zufällig.

Herr G. sagt, wenn wir auch in etwas schwierigen Zeiten leben, so hält sich doch Kanzler Scholz an seinen Amtseid und widmet seine Kraft dem Wohle des Volkes, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Davon sei er überzeugt. Herr A. entgegnet, da habe er seine Zweifel. Scholz macht schon hie und da große Worte. Im Wahlkampf vor zwei Jahren schrieb die SPD „Soziale Politik für Dich“. Da setzte Scholz noch einen drauf und warb mit „Respekt für Dich“. Erklärend fügte er dazu: „Respekt heißt für mich: Die Lebensleistung muss sich im Alter in einer guten Rente widerspiegeln.“ Nun liegen die Deutschen mit Ihrem Rentenniveau auf einem nicht ganz guten 17. Platz in der Welt.

Da stände es dem Kanzler gut zu Gesicht, dieser Gruppe einen einmaligen Inflationsausgleich zu zahlen. Die Staatsdiener bekommen ihn nämlich, und zwar bis zu 3 000 Euro. Aber leider sind es zu viele Rentner, wie Scholz vorrechnet. In Summe wären das 33,6 Milliarden Euro. Soviel Geld und Respekt, das geht halt nicht. Stimmt das? Begeben wir uns doch auf die Suche nach Geld: Die Ausgaben für Migration werden sich in diesem Jahr auf 48,2 Milliarden Euro summieren – mit steigender Tendenz. Das Geld landet in den Taschen von Leuten, die nie einen Cent in die hiesigen Sozialkassen eingezahlt haben und es sicher auch niemals tun werden. Für Menschen, die 30, 40, manchmal sogar 50 Jahre ihre Beiträge in Form von Steuern und Sozialabgaben geleistet haben, kann man dieses Geld dann natürlich nicht mehr ausgeben. Indien erhält in den nächsten Jahren 10 Milliarden



Euro für eine „Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“. Deutschland hat seine Zielausgaben für „international Klimahilfen“ in Höhe von 6,3 Milliarden drei Jahre früher „erfüllt“. Die Erhöhung des Bürgergeldes um 12 %, eine Rate, von der Rentner und Arbeitnehmer nur träumen können, verursachen jährliche Kosten in Höhe von 4,3 Milliarden Euro. Und in Deutschland liegen Covid-Impfdosen im Wert von etlichen Milliarden Euro herum, die glücklicherweise kaum noch jemand haben will. Die Liste ist schier endlos. Um der Realität näher zu kommen, sollte man den Kanzlereid umformulieren in ... und widmet seine Kraft zum Nachteil des Volkes, seinen Schaden zu mehren und Nutzen von ihm zu wenden. „Oh!“ sagte Herr G. und erbleichte. (nach Brecht)

Jürgen Mädler

AfD-BUNDESTAGSFRAKTION FÜHRT 2. CORONA-SYMPOSIUM IM DEUTSCHEN BUNDESTAG DURCH.



Es war ein emotionales Wochenende voller Eindrücke, Aufklärung und Aufarbeitung der letzten Jahre des Unrechts. Ein Wochenende, das allen Menschen, denen in den letzten Jahren Unrecht angetan wurde und allen Menschen, die für die Wahrheit gekämpft haben, gewidmet wurde: 300 Gäste, über 30 verschiedene Vorträge, spannende Diskussionen - ein gemeinsamer Austausch unter Politikern, Fachleuten, Bürgern und Medien mit Fragen zu der Corona-Krise. Um die Veranstaltung unabhängig und so frei wie möglich zu gestalten, gab es kein Honorar oder Geschenk für die Referenten, damit sie als unabhängige Wissenschaftler kommen und keine gekauften Experten sind.

Auch wenn wir den Zugang zum Symposium gern für mehr Publikum ermöglicht hätten, so haben wir uns doch für einen kleinen Rahmen entschieden. Viele der Anwesenden waren in den letzten Jahren derartiger Verfolgung und Anfeindung ausgesetzt, dass wir ihnen einen geschützten Raum für ihre Geschichte und ihre Expertise bieten wollten. Es ist traurig, dass ein

offener Meinungs austausch mittlerweile unter solchen Vorkehrungen stattfinden muss und wir danken an dieser Stelle für das Verständnis.

Das ganze Wochenende wurde mitgefilmt und die umfangreichen Materialien werden auf dem YouTube-Kanal der Fraktion veröffentlicht: <https://www.youtube.com/@AfDFraktionimBundestag>

„Das Event [war] einzigartig und einmalig und ganz großartig. [...] Was die AfD [...] organisiert hat, ist für mich beeindruckend und bewundernswert. Und ich bin der AfD dankbar. Was Sie hier an großen Persönlichkeiten erlebt haben, sucht weltweit seinesgleichen.“ – Professor Sucharit Bhakdi

Diese Worte von einer Koryphäe wie Herrn Bhakdi zu hören, der sich nach dem Wochenende aus der Öffentlichkeit verabschieden möchte, erfüllt uns mit Stolz.

Stolz über die gelungene Organisation, in die wir sehr viel Mühe und Zeit investiert haben.

Stolz über den Mut aller, die gekommen sind.

Stolz über unseren Mut, dass wir uns trotz aller Anfeindungen und politischen Drucks weiter für die Verbreitung der Wahrheit eingesetzt haben.

Stolz über die Vertreter der unabhängigen und freiheitlichen Medien - ihr seid die Wahrheitsmedien!

Stolz über die Veranstaltung des Symposiums, das in seiner Einzigartigkeit in die Geschichte eingehen wird.

Die Lüge gewinnt den Sprint, doch die Wahrheit gewinnt den Marathon.

Wir sind noch lange nicht am Ziel unseres politischen Wirkens, das sind wir erst, wenn alle Missstände aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen worden sind.

Doch um das zu erreichen, sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen.

Ein Einzelner kann unterdrückt werden, doch wenn die Wahrheit von allen Seiten schreit, kann sie nicht mehr eingedämmt werden. Ihr seid das Volk, ihr habt die Kraft!

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



CORONA-SYMPOSIUM 2023

Am 11./12.11.2023 war das 2. Corona Symposium im Deutschen Bundestag! Ich war dabei!

Es sprachen hochkarätige Redner, unter anderem Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Mikrobiologe und bekannt für seine kritische und fundierte, faktenbasierte Analyse zu Corona.

Prof. Dr. Bhakdi gedenkt in seinem Vortrag zur Gefahr der mRNA-Impfung des kürzlich verstorbenen Prof. Dr. Arne Burkhardt. Diesen konnten wir im letzten Jahr für eine Anhörung im Gesundheitsausschuss für den sächsischen Landtag gewinnen – Thema Impfnebenwirkungen.

Vor Ort konnte ich mit Prof. Dr. Bhakdi ein kurzes Gespräch führen und übergab ihm Auszüge aus unserer Arbeit im Sächsi-

schen Landtag mit der Bitte, uns bei unserer Arbeit zu unterstützen.

Keine andere Partei setzt sich so zielstrebig für die Aufarbeitung ein. Wir werden dies auch in Sachsen weiter machen.

Wir danken Herrn Prof. Dr. Bhakdi für seinen Mut und die unermüdliche Aufklärung vor Gefahren sowohl der Corona-Maßnahmen als auch der experimentellen Impfung!

Die gesamte Veranstaltung mit allen Rednern wird auf den Videokanälen der AfD veröffentlicht.

Wir bleiben dran!

Doreen Schwietzer, MdL

Vorsitzende des Arbeitskreises Gesundheit

DU WIRST GEBRAUCHT!

Der Platz in der Museumsscheune in Hochkirch reichte nicht aus!

Das rege Interesse an der Informationsveranstaltung der AfD am 22.09.2023 zum Thema "Kommunalarbeit der Gemeinde- und Kreisräte" hat dazu geführt, daß der Raum in der Scheune nicht ausreichte und mehrere Bürger vor dem Scheunentor Platz genommen hatten.

Die Vorträge von Jörg Urban (Vorsitzender der AfD Sachsen), Frank Peschel (AfD-Landtagsabgeordneter), Steffen Lehmann (Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion und Gemeinderat in Malschwitz) und Torsten Mittasch (AfD Kreisrat und Gemeinderat in Hochkirch) wurden mit Interesse aufgenommen.

Jörg Urban beschrieb in Verbindung mit einer Präsentation die Arbeit, die Rechte und Pflichten der Kreis- und Gemeinderäte. Die Anwesenden erhielten einen Überblick über die Kommunalstruktur.

Frank Peschel berichtete von seiner Arbeit und den Erfahrungen im Landtag. Steffen Lehmann gab den Bürgern einen Überblick über die finanzielle Situation im Landkreis. Er benannte auch die Ursachen für die schwierige Haushaltslage.

Torsten Mittasch legte den Anwesenden die Konsequenzen von zu hohen Ausgaben im Kreis für die Gemeinden dar. Die Gemeinden müssen prozentual mehr Kreisumlage an den Kreis entrichten. Das führt zu gekürzten Mitteln für die Gemeinden. Für fehlende Beträge und zu hohe Ausgaben muß letztendlich der Bürger aufkommen.

Damit wird für die Einwohner der Gemeinden die finanzielle Freiheit eingeschränkt. Im Anschluß zu den Vorträgen stellten sich die Abgeordneten den Fragen von interessierten Bürgern.

In kleinen Runden wurden in angenehmer Atmosphäre noch individuelle und anregende Gespräche geführt.

Die Veranstalter bedankten sich bei den Bürgern für die aktive Teilnahme und das gezeigte Interesse am Thema Ratsarbeit. Du wirst gebraucht, habe Mut, Dich in der Gemeinde und im Kreis einzubringen.

Torsten Mittasch AfD-Kreisrat und Gemeinderat in Hochkirch

Spendenkonto:

Alternative für
Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband
Bautzen Spende

Impressum:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Frank Peschel
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

OFFENER BRIEF AN HUBERTUS HEIL VOM 30.10.2023

„Kritik zum geplanten Bürgergeld ab 01.01.2024“

Sehr geehrter Herr Heil, ich bin ein Unternehmer aus Ostdeutschland, bei Bautzen und muss Ihnen jetzt mal meine Meinung zum geplanten Bürgergeld, ab Januar 2024, mit 563,00 €/ mtl. mitteilen.

Ich habe eine Frau und zwei Söhne, der Jüngste ist achtzehn Jahre alt. Er lernt im zweiten Lehrjahr Möbeltischler in einem mittelständischen Unternehmen unserer Region. Meine Frage an Sie: Wie erklärt man seinem achtzehnjährigen Sohn, dass ab Januar 2023, mit dem „Bürgergeld“ das „NICHTSTUN“ von Ihnen mehr gewürdigt wird als seine Möbeltischlerlehre?

Früh um 4.50 Uhr aufstehen, 5.12 Uhr fährt der Bus, 6.15 Uhr anfangen, mit acht Stunden täglich. 16.30 Uhr mit dem Bus wieder retour. Fünf Tage die Woche, davon auch Montage bis Bielefeld.

Sind wir nicht alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland oder nur Ihr zahlendes Personal?

Sie fördern das „NICHTSTUN“ in unserem Land! Sie sollten Ihre Kraft dahingehend verwenden, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Selbstständigen und Freiberuflern den nötigen Respekt entgegenzubringen, den Sie verdient haben, um weiter im Beruf zu arbeiten. Stattdessen verteilen Sie für die arbeitende Bevölkerung eine Ohrfeige nach der anderen.

Arbeit wird in unserem Staat nicht gewürdigt und Sie verschließen die Augen vor dem,

was Sie nicht sehen wollen. Das Bürgergeld wird dazu führen, dass sich für viele Menschen, gerade im Osten, dass „Nichtarbeiten“ mehr lohnt als das Arbeiten.

Die Fakten liegen auf der Hand, denn gerade Geringverdiener, die es in Ostdeutschland genügend gibt, werden demotiviert, da Sanktionen wegfallen, der Regelsatz deutlich angehoben wird und das Amt die kompletten Heizkosten übernimmt. Viele würden sich dann fragen, wie im übrigen auch mein Sohn, warum sie früh aufstehen sollen, wenn Bürgergeldbezieher insgesamt das gleiche bekommen, wenn nicht gar mehr, durch die gestiegenen Heizkosten.

Der Regelsatz ist nun monatlich, ab 01.01.2024, um 12% erhöht wurden und somit um 61,00 € mehr als im Vorjahr. Ein anrechnungsfreies Vermögen des Bürgergeldempfängers von 60.000 € auf dem Konto, die Wohnungsgröße soll auch keine Rolle mehr spielen und Bürgergeldempfänger können sogar in einer 200 qm „Penthouse Wohnung“ residieren. Schämen Sie sich, Herr Heil! Wer von den Rentnern oder Arbeitnehmern bekommt ein Plus von 12%?

Das kann sozialpolitisch nicht das Ziel sein und deshalb fordere ich Sie auf, die Arbeitsleistung jedes Einzelnen in diesem Staat zu würdigen, Betroffene zu sanktionieren und die Anreize für Bürgergeldbezieher zu begrenzen und abzuschaffen.

Ich bitte um Ihre geschätzte Rückantwort zeitnah, jedoch bis spätestens zum 01.12.2023.

Stefan Schier

MEHR PLÄTZE FÜR FREMDE OHNE INTEGRATIONSPERSPEKTIVE

Am 23. Oktober wurde der Jugendhilfeausschuss des Bautzener Kreistages von Herrn Saring (Sachgebietsleiter Jugendhilfeplanung) über die momentanen Zahlen bezüglich unbegleiteter minderjähriger Asylanten (umA) informiert.

Es befinden sich momentan 125 umA's im Landkreis, davon 78 Syrer, 32 Afghanen und 15 aus anderen „südlichen Ländern“. Alle verteilt auf verschiedene Einrichtungen und nur 8 sind in Pflegefamilien oder bei Verwandten untergebracht. Diese Einrichtungen werden von uns finanziert. Es sind weitere 28 Plätze geplant, 12 in Radeberg und ganze 16 in Döberkitz (ein Dorf mit nur 25 Einwohnern).

Auf Nachfrage des Kreisrates Claus Kleinert, wo die qualifizierten Fachkräfte, sprich Dolmetscher sowie Lehrkräfte und Erzieher, herkommen sollen, wurde erklärt, dass es noch keinen Plan dafür gibt. Anschließend hat der Sitzungsver-

stand erwähnt, dass erst der Platz für die umA's geschaffen werden soll, um deren Unterbringung zu gewährleisten und danach werden entsprechende Fachkräfte gesucht.

Dazu kommt, dass sich, aufgrund von bereits bestehendem Mangel an pädagogischem Personal, das Unterrichten schwierig gestaltet.

Trotz dieses unerträglichen Zustandes wird von der Kreisverwaltung nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Es ist nicht mehr tragbar, dass vom Landkreis Bautzen weitere Plätze geschaffen werden, ohne den Blick auf die schon Eingereisten und deren Integration zu lenken, die ganz augenscheinlich bis jetzt schon krachend gescheitert ist.

Carlo Kleinert



WENN ZWEI DAS GLEICHE TUN, IST DAS NOCH LANGE NICHT DASSELBE - ASYLMISSBRAUCH MUSS BEENDET WERDEN



Am 15.9.2023 randalierte ein Iraner am Freitagmittag im Landratsamt Bautzen. Dem 28-Jährigen wurde eine geforderte Geldleistung verweigert. Daraufhin schlug er mit einem Feuerlöscher auf die Panzerglas-Verkleidung am Kassenbereich ein und beschädigte eine Tür, so die Kreisverwaltung. Außerdem bedrohte der Mann zwei hinzugerufene Polizisten. Kurz darauf gab der Randalierer auf. Er bekam Hausverbot - laut Medienangaben der BILD und Radiolausitz.

MdL Timo Schreyer stellte dazu eine Kleine Anfrage 7/14533: Auf die Frage, wie hoch der Sachschaden sei und wer diesen übernimmt, erklärte die Staatsregierung nur, dass keine Erkenntnisse vorliegen. Bei der Frage, ob der Täter straffällig sei, wurde wörtlich "von einer Beantwortung abgesehen". Weiter fragte er, ob der Täter abgeschoben wird. Die Antwort darauf: "Eine Abschiebung des Betroffenen scheidet derzeit aus. Die Islamische Republik Iran nimmt ihre Staatsangehörigen derzeit nicht zurück und es seien Abschiebungen vorübergehend ausgesetzt, welche zwar für Straftäter und Gefährder ausgenommen sind, jedoch fällt der Betroffene trotz des Vorkommnisses derzeit nicht darunter."

Dazu erklärt der Landtagsabgeordnete Timo Schreyer: „Unsere "Gäste" bekommen Geldleistungen, für welche sie nie eingezahlt haben. Randalieren und bedrohen Beamte und Unschuldige und trotzdem werden Sie geduldet. Jeder Straftäter kann das Asylrecht missbrauchen, um auf Kosten der deutschen Steuerzahler dauerhaft zu bleiben. Dieser Zustand ist katastrophal. Hier wird quasi ein Freibrief für weitere Straftaten ausgestellt, ohne wirkliche rechtliche Konsequenzen. Stellen Sie sich vor, ein Mitglied meiner Partei oder ein deutscher Bürger hätte das getan!

Wir als AfD fordern, das individuell einklagbare Asylrecht abzuschaffen, um das deutsche Volk dauerhaft zu schützen."

Timo Schreyer, MdL

SPREEHOTEL BAUTZEN: BEHAUPTUNGEN, ABER KEIN ERMITTLUNGSERFOLG

Am 28.10.2022 brannte es im Asylheim Spreehotel Bautzen. Nach der Tat erklärte CDU-Innenminister Schuster: „Wir müssen von einem fremdenfeindlichen Brandanschlag ausgehen“ und ergänzte: „Wir wollen dieser Täter habhaft werden, weil sie nicht zur Mitte unserer Gesellschaft gehören“.

Frank Peschel, Landtagsabgeordneter der AfD, erfragte den aktuellen Stand der Ermittlungen. Die Antwort zur Kleinen Anfrage (7/14684) kommentiert er folgendermaßen:

„Ein Jahr nach dem Brand kann der Innenminister keinen Ermittlungserfolg vorweisen. Die Hinweise gegen einen Tatverdächtigen haben sich offenbar als unbegründet erwiesen. Das ist eine schwache Leistung.

Nach wie vor behauptet der Innenminister, dass von einem „rechts- und einem fremden- bzw. ausländerfeindlichen Hintergrund ausgegangen“ werde und erklärt gleichzeitig: „In Anbetracht der noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen lassen sich zu der tatverdächtigen Person und deren Motiven noch keine abschließenden Aussagen treffen.“

Die Antwort der Staatsregierung beruht auf Annahmen und Verdächtigungen. Solange der Innenminister keine Beweise liefern kann, halte ich seine Aussagen für unseriös.

Ich fordere den Innenminister auf, solange keine Beweise vorhanden und Täter verurteilt sind, dass er diese Behauptungen un-

terlässt, weil sie dem Image von Bautzen schaden.“

Quelle: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14684&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Frank Peschel, MdL



PULSNITZ: ZUSÄTZLICHE STELLEN OHNE HAUSHALTSPLAN 2024 UND AM STELLENPLAN VORBEI ... ?!

In vorherigen Sitzungen hatte der Pulsnitzer Stadtrat bereits 3,2 VzÄ zusätzliche Stellen beschlossen. In der Oktober-Sitzung standen nun weitere 1,5 VzÄ auf der Tagesordnung. Damit beansprucht die Verwaltung insgesamt 4,7 VzÄ über den Stellenplan hinaus.

Hatte die Fraktion bisher noch zugestimmt, so erteilte Frau Ebisch ihre Zustimmung nun nicht mehr, da es sich um einen Vorgriff auf Stellen- und Haushaltsplan 2024 handelte. Beides sollte gemäß Gemeindeordnung bereits im Oktober 2023 vorliegen. Hierauf hatte sie wiederholt hingewiesen.

Zur Beurteilung der Finanzierbarkeit der zusätzlichen Stellen verwies Frau Ebisch ersatzweise die Ergebnisplanung des Haushaltes 2022/2023, konkret die Planzahlen für 2024-2026. Diese weisen durchschnittlich ein negatives ordentliches Ergebnis von einer halben Million Euro aus, d.h. die Verwaltung ist laut eigener Planung durchschnittlich eine halbe Million Euro p.a. zu teuer. Auch das Gesamtergebnis wurde negativ geplant und der Finanzhaushalt zeigt den „planmäßigen“ Verzehr der liquiden Mittel. Aus den verfügbaren Planzahlen war also nicht erkennbar, dass die zusätzlichen 4,7 VzÄ finanzierbar sind. Genaugenommen stellt sich die Frage, ob überhaupt ein genehmigungsfähiger Haushalt 2024 ff. darstellbar sein wird. In den Vorjahren hatte die Rechtsaufsicht den Haushalt jeweils nur wegen ausreichend liquider Mittel genehmigt; sind diese aufgebraucht, ist die Genehmigungsfähigkeit



in Frage gestellt.

Wegen fehlender aktueller Haushaltsdaten konnten die finanziellen Auswirkungen also nicht beurteilt werden und der Stadtrat konnte keine fundierte Entscheidung treffen. Wie so oft erfolgte ein Beschluss „ins Blaue“ und die Stadt läuft Gefahr, finanziell „an die Wand zu fahren“. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Stadtrates, die Verantwortung für das nicht sachgerechte Vorgehen der Verwaltung zu übernehmen. Frau Ebisch machte auch deutlich, dass sich Stadtrat und Verwaltung in einer Zwickmühle befinden: Bund und Land stellen immer neue Aufgaben und Anforderungen, jedoch nicht die finanziellen Mittel dafür. Städte und Gemeinden gelangen an ihre finanziellen Grenzen und letztlich sollen offenbar die ehrenamtlichen Räte hierfür die Verantwortung übernehmen. Das ist weder Aufgabe der Räte noch im Sinne der Bürger, deren Vertretung Aufgabe des Stadtrates ist.

AfD-Fraktion im Stadtrat Pulsnitz

Weitere Beiträge zum Thema:

<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/haushalt-n/>

PULSNITZ - DOPPELHAUSHALT ODER EINJAHRESHAUSHALT?!

In der Oktober-Sitzung des Pulsnitzer Stadtrates stand auch die Beratung und Beschlussfassung über die erneute und grundsätzliche Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Haushaltsjahre 2024/2025 auf der Tagesordnung.

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2024 sieht die Fraktion darin einen Vorgriff auf die Befugnisse und Entscheidungen des neu zu wählenden Stadtrates. Der Doppelhaushalt würde außerdem wieder versetzt zu den Haushalten vom Freistaat Sachsen und Landkreis Bautzen sowie dem Finanzausgleichsgesetz des Landes verlaufen. Das erzeugt Planungsunsicherheit/-unklarheit. (Zurzeit wird dies von keiner Gemeinde im Landkreis Bautzen praktiziert; die deutliche Mehrheit nutzt den Jahreshaushalt.) Aus Sicht der Fraktion bietet der Einjahreshaushalt auch für Pulsnitz die größere Planungsicherheit und Flexibilität.

Die Probleme eines Doppelhaushaltes wurden außerdem deutlich bei den fortlaufenden Kostenerhöhungen der Rathaussanie-

rung (23%) und den zusätzlichen Stellen (ebenfalls 23%). Beide Sachverhalte hätten aus Sicht der Fraktion rückblickend richtigerweise jeweils Nachtragshaushalte erfordert (die Grenze hierfür liegt bei 5% Budgetüberschreitung), die von der Verwaltung jedoch nicht erstellt wurden.

Angesichts der allgemeinen Ungewissheiten und der angespannten finanziellen Situation der Stadt erachtet die Fraktion es außerdem für sinnvoll und angemessen, dass Verwaltung und Stadtrat sich einmal im Jahr ernsthaft mit den Finanzen der Stadt befassen und hat daher für die Erstellung eines Einjahres-Haushaltes plädiert und gegen die grundsätzliche Aufstellung eines Doppelhaushaltes für 2024/2025 gestimmt.

AfD-Fraktion im Stadtrat Pulsnitz

Mehr zu den Themen:

<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/haushalt-n/>

<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/rathaus-sanie- rung-n/>

WENN STEINE REDEN KÖNNTEN

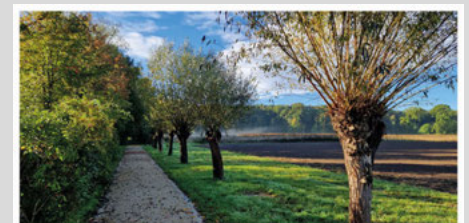
Ende Oktober wanderte die Liedertafel mit einigen Gästen unter der kundigen Führung von Hans-Joachim Gawor entlang der alten sächsisch-preußischen Grenze mit circa 20 Grenzsteinen. Start und Zielpunkt war in Oppitz das Fachwerkhaus „Grüner Wald“. Mal schien die Sonne, dann mußten wieder die bunten Blätter als tausendfache Sonnen wirken, durchwirkt von leichtem „flüssigen Sonnenschein“. Herr Gawor, zwar hochbetagt aber in fußläufiger Hochform als ehemaliger mehrfacher Rennsteiglaufteilnehmer, legte ein ordentliches Tempo vor. Ein Vorbild für gesundes Altern! Wir partizipierten an seinem unglaublichen Wissensschatz, durchsetzt von kleinen Anekdoten und hatten sogar Gelegenheit, viele Pilze zu sammeln. Das Mittagessen war gesichert! Während wir etwas matt zu unserer Rast niedersanken, bei der es als Überraschung sogar selbst gemachten Eierlikör gab, hatte Herr Gawor nur ein Fläschchen stilles Wasser dabei. Und weiter ging es durch den Wald. Die Wege in bedauernswertem Zustand und teilweise nur noch für Ortskundige als solche erkennbar.

Wieder am ehemaligen Gasthaus in Oppitz angekommen, nahmen einige von uns die Gelegenheit wahr und kauften sein Buch „Von der Wittka bis zur Weißen Elster – 500 km Grenzsteinsuche entlang der sächsisch-preußischen Grenze von 1815“.

Wir verabschiedeten uns nicht ohne ihm das Versprechen abgenommen zu haben, dieses Thema noch einmal, voraussichtlich im nächsten Jahr, als Vortrag vor interessierten Teilnehmern darzustellen.

Carla Nicholson

Bautzener Liedertafel e.V.



SACHSEN KANN AUSBAU DER A4 AUCH OHNE STRUKTURMITTEL FINANZIEREN

Laut einem Bericht der Sächsischen Zeitung müsste der Freistaat Sachsen einen Finanzierungsanteil von 300 Millionen Euro dazugeben, damit der Ausbau der A4 bis Bautzen erfolgt. Das Geld soll aus zugewiesenen Geldern zur Förderung des Strukturwandels verwendet werden.

Dazu erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:

„Ich freue mich, dass der Ausbau der A4 endlich wieder mehr politische Beachtung findet.“

Diese Autobahnstrecke muss ausgebaut werden und ja, gerne auch mit Kohlestrukturgeldern. Wenn die Gelder aber bereits verplant sind, dann müssen neue Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden, damit das wichtige Projekt umgesetzt wird.

Wir Sachsen haben den Spielraum, auch ohne Strukturmittel, die 300 Millionen Euro Finanzierungsanteil zu stemmen.

Meine Grundannahme ist, dass in den nächsten 15 Jahren 300 Millionen Euro, sprich 20 Millionen Euro jährlich im Landeshaushalt eingespart werden. Dies wäre jederzeit möglich, wie diese drei Beispiele



verdeutlichen.

Mit der Streichung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ lassen sich jährlich 11 Millionen einsparen. Weitere 10 Millionen Euro für die nicht benötigten Gelder im Haushaltsmittel „Zwischenfinanzierung von Bundesmitteln für den Bundesfernstraßenbau“ sowie die Nichtfinanzierung von Arbeitsmarktbezogenen Doppelstrukturen, wie das ZEFAS mit fast 4 Millionen Euro.

Ich fordere die Staatsregierung auf, die Priorisierung des Landeshaushalts zu über-

denken und freiwerdende Gelder für den vom Bund gewünschten Finanzierungsanteil zum Ausbau der A4 zu verwenden.

Mit meinem Vorschlag bedarf es keiner Neuverteilung oder Reduzierung von Strukturmitteln für die Region.“

Quelle: <https://www.saechsische.de/sachsen/a4/a4-ausbau-strukturwandel-kohlegelder-finanzierung-verkehrsministerium-herbst-5928758-plus.html>

Frank Peschel, MdL

LASSEN WIR UNS ZU VIEL GEFALLEN? JA, WIR LASSEN UNS ZU VIEL GEFALLEN!!

Ob im Bundestag oder Landtag, überall wird mit der AfD undemokratisch umgegangen und wir bleiben dabei ruhig und lassen uns aufs Übelste beleidigen mit unsäglicher Hetze, die wir fast täglich über uns ergehen lassen müssen. Wir hören die Beleidigungen und schweigen!

Das ist unserer Meinung nach ein Fehler.

Auch wie die Medien mit uns umgehen, ist unterste Schublade und sollte nicht einfach schweigend hingenommen werden.

Wir sollten uns beschweren, immer und immer wieder, z.B. an die Bundestagspräsidentin bzw. Landtagspräsidenten schreiben, oder auch direkt an Bundestagsabgeordnete, die sich nicht korrekt verhalten in ihrer Ausdrucksweise und uns beschimpfen. - Nazikeule / Brauner Mob / Rechtsradikal / Rassistisch -, um nur mal einige Ausdrücke zu nennen.

Es ist alles grobe Hetze gegen die AfD und deren Wähler!

Was wollen wir uns noch alles gefallen lassen? Es müsste Beschwerdebriefe geben, immer und immer wieder. Aber wir bleiben ruhig, schlucken alles runter und die „Geg-

ner“ reiben sich die Hände.

Die AfD bekommt z.B. als einzige Fraktion im Bundestag keinen Bundestagsvizepräsidenten, obwohl jeder Fraktion ein solcher zusteht!

Wir müssen uns endlich wehren, wir müssen uns beschweren und laut werden - sonst bleibt alles, wie es ist.

Haben wir mehr Mut und lassen wir die andauernde Hetze gegen die AfD nicht länger zu.

Die unerträglichen Beleidigungen und Beschimpfungen sind immer auch ein Stich ins Herz für alle AfD-ler, deren Wähler und Sympathisanten.

Wir werden Gott sei Dank immer mehr und genau deshalb dürfen wir doch auch mehr Mut zeigen und laut und deutlich unseren Unmut zum Ausdruck bringen.

Maria und Jürgen Kindermann

PS: Einfach nur mal unsere Meinung zu Papier gebracht ...



DAMIT WIR AUCH MORGEN NOCH KRÄFTIG AUSGEHEN UND GUT ÜBERNACHTEN KÖNNEN!

Auch zur Romantica war der AfD-Kreisverband vor Ort in Bautzens Zentrum, um gegen die zerstörerische, einkaufs- und tourismuskulturvernichtende Politik der ReGIERenden zu demonstrieren.

Wir waren nicht zu übersehen und erhielten überwiegend positive Resonanz.

Carla Nicholson

DIE WASSER SO WEIT ...

Die Regionalgruppe Oberland hatte zu einer Herbstwanderung durch das Biosphärenreservat der Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft eingeladen.

Wir waren eine kleine, aber feine Truppe. Ranger Maik Rogel nahm uns am Haus der Tausend Teiche in Empfang. Die Morgennebel waberten noch über den Wiesen.

Und dann kam die Sonne. Bei fast spätsommerlichen Temperaturen liefen wir entspannt auf dem Naturerlebnispfad. Unser herzlicher Dank gilt Herrn Rogel! Er antwortete unermüdlich auf alle unsere Fragen, die Teiche und deren Bewohner betreffend. Auch als Vogel-, Baum- und Pflanzenkundler erwies er sich als echter, die Natur liebender Experte. Falls jemand von uns noch idealisierte Film- oder Romanvorstellungen von der Arbeit eines Rangers hatte, wurde er eines besseren belehrt. Oft ist es schwere, mühselige Handarbeit mit vielen Überstunden. Eine Geschichte nach der anderen wußte er, gewürzt mit mehreren Prisen Humor, auch zu erzählen. Die Zeit verging wie im Fluge!

Eins ist sicher: Das machen wir mal wieder!

Carla Nicholson

WEIHNACHTSAUSSTELLUNG
und Verkauf vom 2. bis 23. Dezember 2023
im AfD-Bürgerbüro Bautzen, Karl-Marx-Str. 15
Mo.-Fr. 10-18 Uhr
Sa. 14-18 Uhr
Ausstellungseröffnung am 1.12.2023, 17 Uhr
Schirmherr MdB Karsten Hilse
Kreisverband Bautzen
Alternative für Deutschland

OKTOBERFEST DER JUNGEN ALTERNATIVE OBERLAUSITZ

Im Oktober fand unser erstes großes Oktoberfest in Neukirch/Lausitz statt. Mit über 70 Gästen, guter Musik, Brezeln, Lebkuchenherzen und gutem Bier feierten wir ausgiebig. Die Abgeordneten Karsten Hilse, Frank Peschel und Timo Schreyer unterhielten uns mit kurzen Festreden. Natürlich durften auch klassische Spiele wie das Maßkrugstemmen nicht fehlen.

Besonderer Dank gilt unserem stellvertretenden Vorsitzenden Sebastian Haas, der diese Feier bestens vorbereitet hatte.

Nicole Scharpe, Vorsitzende der JA Oberlausitz



JÜRGEN ELSÄSSER ZU GAST IN HOYERSWERDA

Am 21.09.2023 hatte die Regionalgruppe Hoyerswerda einen besonderen Gast zur Gesprächsrunde eingeladen, der dafür sorgte, daß ca. 100 interessierte Bürger die Veranstaltung besuchten. Wir konnten Besucher aus dem Raum Hoyerswerda, aber auch aus Cottbus und Umgebung begrüßen.

Der Gast, der für so viel Aufmerksamkeit sorgte, auch bei Menschen, die nicht unbedingt Sympathisanten der AfD sind und das Geschehen lieber von der anderen Straßenseite verfolgten, war Jürgen Elsässer, Herausgeber und Gründer des Monatsmagazins Compact.

Der Journalist war unserer Einladung gefolgt und hatte auch seine Ehefrau mitgebracht, die sich bei der Diskussionsrunde rege beteiligte.

Der Abend begann mit einem 30-minütigen Vortrag zu den Hintergründen des Krieges in der Ukraine und zu seiner Vorgeschichte,

er begann ja nicht erst im Februar 2022. Nach einer kurzen Pause, in der die zahlreichen Gäste sich die Zeitschriften und Bücher ansahen oder kauften, folgte die Gesprächsrunde. Es wurden viele Fragen gestellt, Antworten rege diskutiert und auch nach dem Ende der Veranstaltung gab es viele weitere Gespräche unter den Teilnehmern. Hauptthemen der Diskussionen waren die Energiepolitik, das Bildungswesen, die öffentlich-rechtlichen Medien, die Familienpolitik und natürlich auch die „Einwanderungspolitik“.

Von den vielen Besuchern gab es eine positive Resonanz zum Abend. Dank gilt vor allem Herrn Degner vom Vorstand der Hoyerswerdaer Regionalgruppe, der Herrn Elsässer kontaktierte und diese erfolgreiche Veranstaltung ermöglichte. Dank auch Herrn Uwe Köhler vom Alleerestaurant Hoyerswerda und seiner Mannschaft für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und die

gastronomische Versorgung.

Fazit der Gäste: Eine gelungene Sache der AfD – Regionalgruppe Hoyerswerda. Der Vorstand der Regionalgruppe wird auch für das Jahr 2024 wieder interessante Veranstaltungen planen. Die Termine werden rechtzeitig veröffentlicht.

Hans-Jürgen Wald, Leiter der Regionalgruppe Hoyerswerda

